

Haushalt 2015

Etatrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Melcher am 29.01.2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hilchenbach,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die kommunale Unterfinanzierung führt dazu, dass viele Kommunen in der Haushaltssicherung landen. Die Ausgleichsrücklagen sind schnell aufgebraucht, und dann wird - fast automatisch - das Eigenkapital in zu großer Höhe in Anspruch genommen. Für Drolshagen ist dies seit 2012 Realität. Ein schwacher Trost, dass wir dieses Schicksal mit vielen anderen Kommunen teilen.

Es hilft auch nichts, auf die Kreisumlage oder die sogenannte Abundanzumlage zu schimpfen, weil das Spiel nun einmal so ist. Der Kreis und das Land greifen ohne jede Rücksicht auf unsere sehr begrenzten Finanzmittel zu. Dennoch muss gesagt werden, dass es ein Witz ist, dass Gemeinden, die sich in der Haushaltssicherung befinden, noch „Stütze“ für abgewirtschaftete und überschuldete Ruhrpottgemeinden zahlen müssen.

Der CDU hier in Drolshagen wurde immer wieder vorgeworfen, in den letzten Jahren eine Schuldenpolitik betrieben zu haben. Abgezielt wurde dabei zumeist auf die Zuschüsse für die 6 Kunstrasenplätze (von denen 3 hier einstimmig beschlossen wurden) und für Dorfgemeinschaftshäuser (in den letzten Jahren wurde aber bekanntlich nur das Haus in Germinghausen gebaut). In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass der Aufschrei hier im Rat groß war, als ich 2010 beantragte, den Punkt „Bau des Hauses in Germinghausen“ von der Tagesordnung zu nehmen, weil wir noch Fragen bezüglich der Finanzierung und der späteren Unterhaltung des Projekts hatten. Insbesondere die ehemalige Vorsitzende der UDW-Fraktion Gaby Demnig zeigte hier bei Interessen ihres Heimatortes kein Verständnis.

Meine Damen und Herren, wir wären auch in die Haushaltssicherung geraten, wenn wir keinen Kunstrasenplatz gefördert oder keine Zuschüsse zum Dorfgemeinschaftshaus geleistet hätten. Der Einbruch der Gewerbesteuer im Jahr 2011 um fast 3 Mio. EUR war nicht zu kompensieren. Mir ist diese Entwicklung nach wie vor ein Rätsel. Dass Rekordsummen bei der Gewerbesteuer wie im Jahr 2007 von fast 11 Mio. EUR einen einmaligen Ausreißer nach oben darstellen, ist einleuchtend. Dass in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen in Bund, Ländern und vielen Gemeinden bei uns in Drolshagen 2011 ein Ergebnis bei der Gewerbesteuer von nur 4,2 Mio. EUR erreicht wurde und auch in den Folgejahren das Niveau verhältnismäßig niedrig ist, erschließt sich mir nicht. Zumal in Drolshagen fast Vollbeschäftigung herrscht, und ich von großen finanziellen Schwierigkeiten der örtlichen Unternehmen nichts gehört habe.

Wir haben die vom Kämmerer in den vergangenen Jahren angesetzten Gewerbesteuererträge stets mitgetragen und vor dem Hintergrund der Schilderungen der

Verwaltungsleitung auch für realistisch gehalten. Dass die letztlich erzielten Erträge und Einzahlungen mehrfach den Planansatz nicht erreichten, ist nicht die Schuld der CDU-Fraktion.

Der diesjährige Ansatz von 7,1 Mio. EUR wurde deutlich vorsichtiger als zuvor kalkuliert. Legt man das Jahresergebnis 2014 der Gewerbesteuer von 6,5 Mio. EUR zugrunde und berücksichtigt den voraussichtlichen Mehrbetrag aufgrund der aktuellen Orientierungsdaten des Innenministeriums von 4 % sowie die 5 %ige Hebesatzerhöhung, ist der gewählte Ansatz nachvollziehbar, aber auch notwendig, um den Haushalt genehmigungsfähig zu gestalten.

Genehmigungsfähig, ja unser Haushalt muss von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, wenn nicht, befinden wir uns sofort im Nothaushalt und ein „Sparkommissar“ aus Arnberg bestimmt, was hier in Drolshagen abgeht und nicht mehr der Drolshagener Rat. Wie die Erfahrung in Nothaushaltskommunen lehrt, spart ein „Sparkommissar“ allerdings nicht, stattdessen schraubt er die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze in unvorstellbare Höhen.

Wir tragen die Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer mit. Leider ist es die einzige Möglichkeit, die Ertragsseite effektiv zu verbessern, um so das HSK wie geplant 2017 zu verlassen. Mit diesem Haushalt sind wir zumindest planerisch auf diesem Weg. Was daraus wird, werden wir alle im Laufe der nächsten Monate sehen. Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, dass insbesondere die CDU mit der Verwaltung frühzeitig an den Schrauben gestellt hat, an denen wir schrauben konnten, um Schlimmeres zu verhindern, nachdem feststand, dass wir in die Haushaltssicherung gelangen.

Von uns stammen im Zuge der Aufstellung des HSK 2012 die Anträge, eine für den Haushalt günstigere Variante der Aufwandsentschädigung für uns Stadtverordnete zu wählen. Wir haben beantragt, freiwillige Leistungen, wie zum Beispiel den mittlerweile nicht mehr erforderlichen Zuschuss zum Kindergartenfahrverkehr zu streichen oder wie beim Stadtmarketing erheblich zu kürzen. Wir haben die Erhöhung der Straßenbaubeiträge um etwa 10 % beantragt. Alles das hat kein Vergnügen bereitet, aber wir sahen es als unsere Pflicht zum Wohle der Stadt Drolshagen an.

Die Verwaltung hat mit ihrem Personalbewirtschaftungskonzept spürbare Konsolidierungsleistungen erbracht. Der Kämmerer führte in seiner Etatrede allerdings aus, dass diese personalwirtschaftlichen Maßnahmen mittlerweile ausgereizt sein dürften. Dem schließe ich mich an, nicht zuletzt auch nach dem Wegfall der Stelle des Ersten Beigeordneten. Eine Vielzahl von Aufgaben des Beigeordneten musste auf andere Schultern verteilt werden. Beförderungen konnten kaum mehr ausgesprochen werden. Qualifizierte Mitarbeiter haben das Drolshagener Rathaus verlassen, weil in anderen Verwaltungen mehr Geld zu verdienen ist. Das darf nicht so weitergehen.

Daher begrüßen wird die Absicht der Verwaltung, eine Auszubildende nach ihrer Prüfung zu übernehmen und einen derzeit von einer anderen Verwaltung „geliehenen“ Mitarbeiter fest bei der Stadt Drolshagen einzustellen.

Erstmals seit über 7 Jahren ist in unserer Stadt wieder eine Kreditaufnahme für Investitionen vorgesehen. Eine Kreditaufnahme für unsere Sekundarschule, die nicht überraschend kommt. Denn wir standen Ende 2011, als bekannt wurde, dass die Kreisstadt Olpe den Realschulzweckverband nicht weiterführen will und wird, vor der Alternative: Gehen wir mit Olpe den gemeinsamen Weg einer Sekundarschule, oder wollen wir lang- oder mittelfristig Gefahr laufen, in Drolshagen den Standort der Sekundarstufe I zu verlieren. Ich bin sehr froh, dass wir uns hier im Rat ohne Gezänk für den Sekundarschulstandort entschieden haben. Von Beginn der Diskussion an war klar und wurde immer wieder angesprochen, dass dieses nicht ohne eine Kreditaufnahme ablaufen wird. Ich will noch einmal betonen: Wir bauen oben am Herrnscheid nicht nur eine Küche und einen Speisesaal für viel Geld, nein, dort wird eine neue Schule entstehen, die anders konzeptioniert ist als eine Hauptschule aus den 70'ern. Wir investieren in Bildung und die Zukunft unserer Kinder. Zugegeben, die Kosten für den Architektenwettbewerb und die anfallenden Planungskosten für die anstehenden Gewerke verschlagen einem die Sprache. Ich sagte es bereits „So ist das Spiel!“ Heiliger Bürokratius sei begrüßt.

Dennoch: Wir stehen hinter der Kreditaufnahme und auch hinter der in der Haushaltssatzung festgesetzten Verpflichtungsermächtigung.

Einen durch mich im HFA gestellten und mehrheitlich beschlossenen Antrag möchte ich jedoch korrigieren. Ich habe die anderen Fraktionen am Dienstag nach unserer Fraktionssitzung bereits darüber informiert. Gleich mehr dazu.

Die Beratungen in den Ausschüssen waren gut. Ja, im Gegensatz zu früheren Jahren fanden in den Ausschüssen tatsächlich Beratungen statt. Wir alle hier im Rat haben mit der gemeinsamen Bereitschaft, Drolshagen nicht ohne Haushaltsbeschluss im Nothaushalt versinken zu lassen, Verantwortung bewiesen. Dies möchte ich allen Fraktionen ausdrücklich bescheinigen.

Erwähnen muss ich allerdings, dass nach unserer Meinung nicht alles, was von neuen Mehrheiten beschlossen wurde, auch dauerhaft zum Ziel führt. Auf Antrag der SPD-Fraktion haben SPD, UCW und UDW Maßnahmen im investiven Bereich verschoben. So funktioniert Sparen aber nicht, selbst wenn sich die SPD hierfür in einer Pressemitteilung lobt. Entlastet wird vor allem der Finanzhaushalt, d.h. es müssen weniger Kredite aufgenommen werden. In Zeiten niedrigster Zinsen keine wirkliche Entlastung. Alle nun „gesparten“ Maßnahmen werden wir aller Voraussicht nach im nächsten Jahr wiedersehen, und es werden neue hinzukommen. Unser Problem wird sich dann verdoppelt haben. Oder die Maßnahmen werden doch 2015 durchgeführt, weil sie unbedingt durchgeführt werden müssen. Sie werden dann durch eine

Dringlichkeitsentscheidung als außerplanmäßige Ausgabe abgesehen. Der Bürgermeister hat ja unmissverständlich bei den Beratungen ausgeführt, dass er z. B. im Falle einer defekten Hebeanlage in einer Drolshagener Ortschaft unverzüglich einen entsprechenden Auftrag erteilen muss. Die Ortschaft würde sonst mit Fäkalien überzogen.

Zukünftig muss es uns gelingen, den Haushalt auszugleichen, d.h. Abschreibungen auf unser Anlagevermögen zu erwirtschaften und unverzüglich in dasselbe wieder zu investieren. Ein Investitionsstau darf nicht Standard werden.

Nun zu meiner angekündigten Antragskorrektur. Es geht um die Anschaffung einer gebrauchten Drehleiter für unsere Feuererwehr in Höhe von 150.000 EUR. Ich hatte im Haupt- und Finanzausschuss beantragt, diese Investitionsmaßnahme zu streichen, da es sich um eine freiwillige Ausgabe handelt. So hatte es meine Fraktion bis dahin mehrheitlich gesehen, weil die Maßnahme nicht im aktuellen Brandschutzbedarfsplan der Stadt aufgeführt ist. Diesem Antrag wurde im HFA ebenfalls mehrheitlich zugestimmt. Dieser Beschluss hat in der Feuerwehr für erhebliche Unruhe gesorgt. Ich bleibe dabei: Bei der Anschaffung einer Drehleiter handelt es sich um eine freiwillige Ausgabe. Dies hat die Verwaltung auf Nachfrage ausdrücklich bestätigt. Als langjähriger Brandermittler der Polizei weiß ich aber nur all zugut, dass es sich bei unseren freiwilligen Feuerwehren nicht um kommunale Einrichtungen handelt, die einen Selbstzweck verfolgen. Insofern bricht die CDU-Fraktion jetzt nicht ein, wenn sie einen gefassten Beschluss im HFA korrigieren möchte. Da die Leitung unserer Feuerwehr erblichen Wert auf die Anschaffung einer Drehleiter legt, um die Sicherheit der Bürger und der ehrenamtlichen Einsatzkräfte zu gewährleisten, haben wir uns in den abschließenden Fraktionsberatungen zum Haushalt 2015 dazu entschieden, dem Haushaltsansatz doch zuzustimmen. Die Feuerwehrleitung hat mir inzwischen zugesichert, in den noch vor uns liegenden Jahren, in denen wir uns im HSK befinden, keine weiteren größeren Investitionen im Bereich des Fahrzeugparkes einzufordern. Im Übrigen scheinen jährliche Aufwendungen von rund 20.000 EUR für ein Drehleiterfahrzeug einschließlich der Abschreibung auch unter den gegebenen Umständen gerade noch verkraftbar zu sein.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist, wie die letzten Haushalte auch, auf Kante genäht. Die Einhaltung des HSK hat oberste Priorität, um ab 2018 wieder uneingeschränkt handlungsfähig zu sein. Was können wir aber aktuell tun, damit es uns langfristig besser geht. Wir müssen noch viel stärker als bisher auf interkommunale Zusammenarbeit setzen. Nicht jede Gemeinde muss eine eigene Finanzbuchhaltung, eine eigene Personalverwaltung und eigene EDV-Fachleute haben. Dass dies in der Praxis oftmals sehr schwierig umzusetzen ist, sei hiermit erwähnt. Herr Ulrich Koch vom „Zweckverband Entsorgungsregion West“ Raum Aachen/Düren hat auf einer Infoveranstaltung im Kreishaus im Herbst 2014 ausgeführt, dass es in einer Gemeinde bei Aachen zu erheblichen Schwierigkeiten bezüglich des Beitritts zum Entsorgungszweckverband kam. Alle Ratsvertreter - und zwar von den Linken bis zu den

Republikanern - wollten unbedingt an einem kommunalen Heiligtum, nämlich der 35 Liter Restmülltonne, festhalten.

Solche Heiligtümer dürfen für uns in Zukunft kein Tabu sein. Gehen wir ehrlich auf unsere potentiellen Partner zu und fordern von diesen einen zielführenden Umgang ein. Die Gemeinden im Kreis Olpe müssen enger zusammenarbeiten, sonst ist die Selbstständigkeit einzelner Gemeinden und irgendwann auch die des kleinsten Kreises in NRW langfristig nicht gesichert.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2015 und dem Haushaltssicherungskonzept 2015-2017 in der durch den Rat in einem demokratischen Verfahren fortentwickelten Fassung zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.